

Bündnis Zukunft der Industrie – Perspektive von Gesamtmetall

OLIVER ZANDER

Nach der tiefen Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 hat die Industrie in vielen Ländern als Wohlstandsfaktor deutlich an Beachtung gewonnen. Es hat den Anschein, als würden die entwickelten Staaten mehr denn je um Industriearbeitsplätze kämpfen. Das hat teilweise merkantilistische Züge.

Traditionelle Industrieländer, die sich längst auf dem Weg in die postindustrielle Dienstleistungsgesellschaft wähten, wie zum Beispiel die USA und Großbritannien, haben umgesteuert und wollen der industriellen Produktion von Gütern wieder mehr Beachtung schenken.

In Deutschland haben wir von jeher einen starken Industriesektor – und wir konnten ihn über die Jahre hinweg in etwa stabil halten. Heute kommen in Deutschland rund 23 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus der Industrie, das ist der gleiche Wert wie 20 Jahre zuvor (1994). Allerdings lag der Industrieanteil in Westdeutschland in der Spitze im Jahr 1961 bei 40,8 %.

Die Industrie in Deutschland ist auf den Weltmärkten erfolgreich. Sie hat Zukunftschancen, weil sie mit ihrem Produktspektrum die Megatrends der technischen und sozialen Entwicklung abdeckt: von der effizienten Energieerzeugung und der ressourcenschonenden Produktion über die umweltgerechte Mobilität mit schadstoffarmen Fahrzeugen und Flugzeugen und vernetzten Verkehrsträgern, über Hightech in Medizin und Gesundheitsvorsorge bis zur Ausrüstung moderner Infrastruktur für die wachsenden Städte.

Gerade die Metall- und Elektroindustrie (M+E) leistet aktuell einen hervorragenden Beitrag zur wachsenden Beschäftigung in Deutschland, mit erfreulichen Auswirkungen auf die Steuereinnahmen des Staates und die Finanzen der Sozialversicherung. Denn die Beschäftigten – gerade in der Industrie – haben vergleichsweise hohe Einkommen.

Hinter diesem Erfolg stehen Unternehmen aller Größenklassen – in einer für Deutschland sehr spezifischen Größenstruktur mit großen, international agierenden Unternehmen und einem flexi-

blen, leistungsfähigen und innovativen Mittelstand und Kleinunternehmen. Diese Unternehmen kommen aus allen Bereichen der Industrie. Dieser Mix macht Deutschland erfolgreich. Manche der erklärten Mittelstandspolitiker verlieren diese Wahrheit bisweilen aus den Augen.

Die Unternehmen haben ihre Produktion in weitreichenden Wertschöpfungsketten organisiert. Diese industriellen Netzwerke und ihre Anbindung an regionale Forschungsstätten und Dienstleister (Cluster) sichern die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland und die führende Position der Unternehmen auf den internationalen Märkten. Die hohe Exportorientierung und gleichzeitig auch die Nutzung globalisierter Wertschöpfungsketten gehören zu den Erfolgsfaktoren der deutschen Industrie. Die Unternehmen haben sich frühzeitig in die Prozesse der Globalisierung und in die zunehmende Integration der Weltwirtschaft eingebunden. Mit dieser Strategie hat die M+E-Industrie in Deutschland seit dem Jahr 2000 ihren Anteil an der weltweiten Wertschöpfung mit rund 10 % stabil gehalten. Alle anderen traditionellen M+E-Lieferanten – mit Ausnahme Südkoreas – mussten deutlich Anteile zugunsten Chinas abgeben.

Allerdings kann eine so positive Einschätzung nur ein kurzfristig gültiger Statusbericht sein. Es gibt eine Reihe von Herausforderungen für die nächsten Jahren, die bewältigt werden müssen, damit sich der Erfolg auch in Zukunft einstellen kann:

– Da ist zunächst die Sicherung des Fachkräftebedarfs. Schon heute finden viele Unternehmen nicht überall die benötigten Fachkräfte und die geeigneten jungen Leute für eine Ausbildung. Das Problem wird sich Jahr für Jahr weiter verstärken. Im Jahr 2030 wird nach aktuellen Prognosen die Zahl der Erwerbspersonen aus demografischen Gründen um rund 3 Mio. niedriger liegen als heute. Wir müssen also die Mitarbeiter länger im Betrieb halten, wir müssen zusätzliche Potenziale bei jungen Leuten, vor

allem Migranten und deren Kindern, und bei den Frauen erschließen und natürlich auch Fachkräfte aus dem Ausland gewinnen: Trotz einer Arbeitslosenzahl von knapp 3 Mio. wäre der Beschäftigungsaufbau in Deutschland in den vergangenen zwei Jahren ohne die Netto-Zuwanderung von jährlich etwa 400.000 Personen vornehmlich aus der Europäischen Union nicht möglich gewesen.

- Die Unternehmen müssen Industrie und industriennahe Dienstleistungen noch effizienter verbinden („hybride Wertschöpfung“). Schon heute gehört der Verkauf von Maschinen oder Fahrzeugen mit einem ganzen Bündel von kundenorientierten Dienstleistungen – von der Finanzierung über die Einführung und Schulung der Kunden-Mitarbeiter bis zur Reparatur und Online-Wartung – zu den Erfolgsfaktoren der deutschen Industrieunternehmen.
- Zum Dritten geht es um die Digitalisierung und Vernetzung der Produktion unter dem Stichwort „Industrie 4.0“. Hier liegen große Chancen, um die Abläufe in den Fabriken effizienter zu machen und für die stärkere Bindung und Einbindung der Kunden. Wenn die deutsche Industrie die Chancen nicht nutzt, wandert die Wertschöpfung aus Deutschland ab. Die Gewerkschaften sehen Risiken durch einen zusätzlichen Schub an Produktivität und damit einhergehend eine Gefahr für die Beschäftigung. Viele Experten erwarten einen harten Wettbewerb zwischen den großen, global aktiven Software- und Datenanbietern und den Unternehmen unserer Industrien. Die einen produzieren Leistungen mit ihren Daten und haben genügend Kapital, sich die Hardware dazu zu kaufen. Die anderen bauen Autos und Maschinen und müssen ihre Produkte um die Verwertung der beim Betrieb generierten Daten erweitern.
- Eine weitere Herausforderung ist uns schon länger bekannt: Die Schwellenländer – und darunter in erster Linie China – haben ihren Anteil an der weltweiten Wertschöpfung in ▶

der Industrie ausgebaut. Unsere Industrie muss sich für die künftige Herausforderung wappnen, wenn diese Länder – allen voran China – nach der Sättigung der heimischen Märkte viel stärker auf die Weltmärkte drängen werden. In diesem Zusammenhang spielt auch das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA eine wichtige Rolle. Schon der Europäische Binnenmarkt mit seiner Waren- und Dienstleistungsfreiheit war ein wichtiger Wettbewerbsfaktor für die Unternehmen in Europa. Die Firmen konnten und können Produktionsnetzwerke innerhalb Europas aufbauen und Größenvorteile in der Produktion nutzen. Nun wollen wir die beiden großen Wirtschaftsregionen Europa und USA enger miteinander verbinden und den Warenaustausch durch den Abbau von Handelschranken erleichtern.

Welche Rolle kann und soll Industriepolitik bei der Bewältigung dieser Herausforderungen und bei der Zukunftssicherung der Industrie in Deutschland spielen?

Zunächst eine notwendige Begriffsklärung: Mit dem Stichwort Industriepolitik verbinden wir z. B. in Frankreich gezielte staatliche Interventionen, um einzelne Märkte, Sektoren oder Techniken besonders zu schützen oder gezielt zu fördern. Industriepolitik wirkt damit in der Regel selektiv.

Deshalb tun sich Vertreter der Wirtschaft und ihrer Verbände mit dieser Art der Industriepolitik eher schwer – Ausnahmen bestätigen die Regel. Unser ordnungspolitischer Standpunkt ist vielmehr: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft soll in erster Linie förderliche Rahmenbedingungen für *alle* Unternehmen (oder in diesem Fall: Industrieunternehmen) schaffen. Dazu gehören: wettbewerbsfähige Standortbedingungen (Steuern, Regulierungen, Lohnzusatzkosten), eine leistungsfähige und zuverlässige Infrastruktur, ein hochwertiges Bildungssystem, leistungsfähige Universitäten und Forschungseinrichtungen.

Natürlich: Die Idee einer diskretionären Steuerung von Abläufen und Strukturen übt große Reize auf die Politik und auf Interessengruppen aller Art aus. Wer nach aktuellen Beispielen sucht, braucht nur auf die Energiewende zu schauen. Nur: verspricht das wirklich Erfolg?

Hinzu kommt: Wenn staatliche oder gesellschaftliche Institutionen (auch Plattformen, Arbeitskreise, Bündnisse usw.) technische Entwicklungen vorgeben, fallen regelmäßig Entscheidung und Haftung für die Folgen auseinander. Anders ist es, wenn Unternehmen sich für eine Technik entscheiden und für Erfolg oder Misserfolg geradestehen müssen.

Welche Waren und Dienstleistungen produziert werden, welches Muster oder Modell von Industrie entsteht, sollte nach unserer Meinung der Wettbewerb entscheiden. Unternehmen und Mitarbeiter müssen ihre Chancen auf den Märkten selbst erkennen und nutzen. Deshalb gehört auch Wettbewerbspolitik im weiteren Sinne zu unserem Verständnis von Industriepolitik.

Immer wieder hat sich gezeigt, dass eine selektive Förderung die Innovationsanreize der betroffenen Unternehmen und Branchen eher schwächen und Strukturanpassungen hemmen kann.

Übrigens wird diese These keineswegs durch das jüngste Beispiel einer erfolgreichen industriepolitischen Intervention widerlegt, nämlich der Reaktion der Bundesregierung auf die große Krise der Industrie in den Jahren 2008/2009. Denn am Beginn aller Überlegungen – auch der involvierten Sozialpartner – stand die Überzeugung, dass es sich um eine konjunkturelle, von den Finanzmärkten ausgelöste Krise handelte, und nicht um eine Strukturkrise. Denn sonst wären zum Beispiel die Abwrackprämie für Kraftfahrzeuge oder gerade auch die verlängerte und geförderte Kurzarbeit keine adäquaten Maßnahmen zur Bewältigung dieser Krise gewesen.

Das Bündnis für Industrie hat es sich deshalb zur Aufgabe gestellt, die Industrie und die industriellen Wertschöpfungsketten als Ganzes zu betrachten und nicht selektiv in Branchen und Sektoren einzugreifen. Gerade Cluster und vollständige Wertschöpfungsketten sind die Stärke der Industrie in Deutschland. Vor diesem Hintergrund lassen sich aus der Sicht von Gesamtmetall folgende Aufgaben beschreiben:

(1) Es gilt, die Wettbewerbsbedingungen am Standort Deutschland für die Industrieunternehmen zu verbessern. Gerade weil viele Unternehmen globale Märkte bedienen und international aufgestellt sind, muss die Qualität des heimischen Standortes stärker in den Vordergrund der politischen Überlegungen rücken.

Hier gibt es aktuell einiges zu tun. Die Politik in Deutschland hat mit dem Beschluss zum Ausstieg aus der Atomenergie („Energiewende“) und zuletzt mit neuen sozialpolitischen Gesetzen für den Arbeitsmarkt (Mütterrente, Rente mit 63, Mindestlohn) ganz erheblich zur Belastung und auch zur Verunsicherung der Industrieunternehmen beigetragen. Die von vielen Fachleuten diagnostizierte Investitionsschwäche in Deutschland ist auch eine offensichtliche Folge dieser Unsicherheit.

(2) Den Weg bereiten für die breite Digitalisierung der Wirtschaft und für das „Internet der Dinge“: Dazu gehört der Ausbau der technischen Infrastruktur in Form von Breitband- oder Funknetzen. Dazu gehört die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denn durch „Industrie 4.0“ wird der Trend zu steigenden Qualifikationsanforderungen verstärkt. Allerdings sind wir mit unseren flexiblen Berufsbildern in der dualen Ausbildung grundsätzlich gut aufgestellt und müssen nicht das Rad neu erfinden. Auch werden mit der Digitalisierung die Anforderungen an die Flexibilität des Arbeitseinsatzes steigen. Wir müssen diskutieren, was das für die Gestaltung der Arbeitszeit bedeutet. Und: Die Unternehmen brauchen auch weiterhin Instrumente wie Zeitarbeit und Werkverträge. Nebenbei: Eine Ausweitung der Mitbestimmung wäre nicht die richtige Antwort.

(3) Die Innovationsfähigkeit der Industrie sichern: Dabei spielt die Bewältigung des drohenden Fachkräftemangels im sogenannten MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) eine wichtige Rolle, nicht nur bei den Akademikern, sondern auch bei den beruflich qualifizierten Fachkräften. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen: Eine hohe MINT-Quote unter den Beschäftigten ist Bedingung für eine hohe Innovationsfähigkeit. Noch ein anderer Aspekt: Denkbar ist auch die Umstellung unserer bisherigen projektbezogenen Forschungs- und Innovationsförderung auf eine direkte steuerliche Anrechnung der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung.

(4) Und schließlich: Wir müssen die wichtige Rolle der Industrie für unseren Wohlstand wieder stärker im Bewusstsein der Bevölkerung verankern. Die Unternehmen brauchen den Rückhalt in der Bevölkerung für technische Entwicklungen und Verständnis für die möglichen Risiken der Technik. Auch hier spielt die MINT-Bildung als Teil der Allgemeinbildung eine wichtige Rolle. Ohne diesen Rückhalt in der Bevölkerung kann die Industrie nicht erfolgreich arbeiten. Im Gegenteil: Sie würde aus Deutschland verschwinden. ■

AUTOR

OLIVER ZANDER ist Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall.

@ zander@gesamtmetall.de